Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 43 (1951)

Heft: 9

Artikel: Triest : Streiflichter aus Zone A und B

Autor: Fischer, A.J.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353508

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der VHTL und die Typographen weisen grössere Leistungen von je rund 100 000 Franken auf. Zu den Verbänden, deren Beanspruchung gegenüber dem Vorjahr gesamthaft weniger gross war, gehören vor allem die Eisenbahner (Versicherungskasse), die Buchbinder und Kartonager, der VPOD und die Lithographen.

In Tabelle 9 sind nähere Details über die Aufteilung der Unterstützungsleistungen nach Verbänden und Verwendungszwecken zu entnehmen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, dass die geringeren Leistungen bei einigen Verbänden des öffentlichen Personals (PTT- und Zollpersonal) vor allem auf ihre strukturelle Eigenart zurückzuführen sind. Es wären in diesem Zusammenhang die Darlehenskassen von drei Verbänden des öffentlichen Personals zu erwähnen (SEV, VOPD und PTT-Union), die im Jahre 1950 in 990 Fällen für rund 608 000 Franken Darlehen an ihre Mitglieder gewährten (in der Tabelle nicht angeführt). Als Abschluss zeigt Tabelle 10 die jährliche Entwicklung der verschiedenen Unterstützungszweige im Zeitabschnitt von 1938 bis 1950 und im Fünfjahrperioden seit 1920.

Willy Keller.

Triest — Streiflichter aus Zone A und B

Die britisch-amerikanisch kontrollierte Zone A des Freien Territoriums von Triest hat 309 500 Einwohner oder rund 18 000 mehr als das Grossherzogtum Luxemburg. Luxemburg erstreckt sich jedoch auf 2586 Quadratkilometer, die Zone A auf nur 222. Das kleine Grossherzogtum schloss eine Zoll- und Währungsunion mit Belgien, das Freie Territorium mit Italien ab. Hier endet die Parallele. Während nämlich Stahlland Luxemburg, das gleichzeitig über eine ertragreiche Landwirtschaft verfügt, aus sich heraus ein rentables Wirtschaftsgebilde ist, wäre Triest ohne direkte und indirekte Marshallhilfe verloren.

Schon unter italienischer Herrschaft, die nach dem ersten Weltkrieg begann, büsste der *Freihafen* ständig an Bedeutung ein. Er aber ist Triests ökonomische Lebensader. Österreichische Kaiser hatten das frühzeitig erkannt und ihm alle möglichen Privilegien gewährt. So endete Generationen hindurch die Steuer- und Zollgesetzgebung am Hafen. Ja, Maria Theresia, Friedrichs des Grossen erbittertste Gegnerin, wollte auch einen blühenden Handel hierher verpflanzen. Griechische und jüdische Kaufleute wurden durch Gewährung vollkommener Glaubensfreiheit herbeigelockt. Damals begründeten die Griechen ihre orthodoxe Kirche, und diese Gemeinde ist heute noch tausend Mitglieder stark mit eigenem Priester und eigener Volksschule. Aus den 6000 Juden des Jahres 1938 wurden nach Ausrottung,

Abwanderung und Flucht in die Taufe 1600. Ihre Synagoge gehört zu den schönsten Europas. Im österreichisch wirkenden Triest ist dieses Gotteshaus ein kostbares Stück Orient mit viel Prunk und Marmor. Nachdem die Schwestersynagoge in Sarajewo zerstört wurde, hat sie doppelten kultur- und kunsthistorischen Wert.

Blüte also Triest während der Habsburger-Ära als Hafen eines mächtigen, in sich geschlossenen Wirtschaftsbereiches, so ging eben dieser Glanz nach Auflösung der Doppelmonarchie verloren. Italien hatte Neapel, Genua und Fiume. Auch die dem faschistischen Rom grösstenteils feindlich gegenüberstehenden Nachfolgestaaten bevorzugten andere Häfen, ja, Jugoslawien baute gleich einen neuen in Suschak, das Fiume unmittelbar benachbart ist und jetzt mit ihm vereinigt wurde.

Nur die *Werften* waren auch innerhalb Italiens immer noch konkurrenzlos. Allein konnten sie aber die wirtschaftliche Rückwärtsbewegung, die eine beschränkte Abwanderung nach sich zog, nicht aufhalten. Man muss diesen Hintergrund in einer Stadt kennen, wo deutsch gut verstanden und trotz nachträglicher italienischer Infiltrierung immer noch im österreichischen Dialekt beantwortet wird. Nur dann werden die starken, einem auf Schritt und Tritt begegnenden Österreich-Sentiments erklärlich. Natürlich verwirren sie das politische Bild noch mehr, das als ein Mosaik aus italienischen, jugoslawischen, echten und getarnten Unabhängigkeitsbewegungen sowie einander bekämpfenden Kominform- und Titokommunisten schon an sich kompliziert genug ist.

Wirtschaftliche Realitäten lassen sogar kommunistische Dockarbeiter, die italienisch sprechen, aber aus Parteidisziplin einmal den Anschluss an Jugoslawien und dann den Status der Freien Stadt bejahten, insgeheim nach der weniger realistischen *österreichischen* Lösung seufzen. Eine Erklärung ist leicht gegeben. Seit nämlich Triest zum Umschlaghafen der Marshallhilfe nach Österreich wurde, hat es im Effekt sein Hinterland zurückerhalten. 1913 war mit einer Umschlagziffer von 3 449 000 Tonnen das Rekordjahr, von dem man fortan nur sehnsüchtig träumte. Schon 1949 aber wurde es um 33 000 Tonnen übertroffen. Fühlten sich die Dockarbeiter vor dem Kriege ständig vom Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht, so schätzten sie nun die Vollbeschäftigung desto mehr. Ihr Hafen war 1945 fast vollkommen zerstört. Mit amerikanischen Geldern wurde er wiederaufgebaut. Heute kommen viele Fachleute nach Triest, um ihn zu studieren, denn er ist der *modernste* Europas, vielleicht sogar der Welt.

Laut amtlicher Registrierung gibt es heute in Triest etwa 18 000 Arbeitslose. Wir müssen jedoch zwischen echten und unechten Arbeitslosen unterscheiden. Letztere sind beispielsweise Hausfrauen, die nie einen anderen Beruf hatten, sich auch nicht ernstlich um ihn bemühen, aber doch ihre Namen registrieren lassen, da ja bei gutem Glück eine noch bessere Stellung nicht zu verachten wäre. Danach

bleiben etwa 10 000 echte Arbeitslose – unter ihnen 6000 Familienväter – übrig, eine Ziffer, die unter derjenigen günstiger Vorkriegsjahre liegt.

Stehen also die Triester schon auf dem Arbeitsmarkt vorteilhafter da als ihre italienischen Nachbarn, so geniessen sie auch andere Vorteile. Weniger arbeitslose Angehörige bedeuten höhere Reallöhne. Auch sind die Preise etwas billiger, die Löhne hingegen gleich hoch wie die italienischen. *Last not least:* welche Stadt wohl könnte sich sonst noch rühmen, dass sich 10 000 garantierte und zahlungsfähige Touristen ständig in ihren Mauern befinden? Triests Besatzungssoldaten – 5000 Engländer und 5000 Dollar-Amerikaner – verkörpern diesen Tourismus, der eine ständige Einnahmequelle ist und selbstverständlich Arbeit schafft. Allein die Militärregierung beschäftigt gegen 10 000 Triester. Diese Ziffer ist eine zuzügliche. Normalerweise gäbe es hier natürlich nur Lokalbehörden, die *ausserdem* existieren und gleichfalls Arbeitsplätze schaffen.

Durch den Friedensvertrag mit Italien wurde das Freie Territorium von Triest geschaffen. Da eine Einigung über die Person des Gouverneurs nicht erfolgte, blieb Zone A offiziell ein Mandat des Sicherheitsrates, tatsächlich jedoch, schon durch die Tatsache der Besatzung, britisch-amerikanisches Einflussgebiet. Von vorneherein bestand die Absicht, so nahe dem Südosten und Osten ein Modellschaufenster zu schaffen. Das spürt man überall. Volle Geschäftsauslagen, mannigfaltigste Speisen- und Weinkarten, gut gekleidete Menschen und vorbildlichste Ordnung gehören heute einfach zu Triest. Die Polizei der Zone A erinnert nicht nur in der Kleidung, sondern auch in Höflichkeit und Tüchtigkeit an Londoner Bobbies.

Von der Militärregierung wurden grosse Summen für den Wohnungsneubau zur Verfügung gestellt. Er reicht nicht aus, da italienische Flüchtlinge aus der jugoslawisch kontrollierten Zone B und den an Jugoslawien abgetretenen Gebieten das Problem vergrössern. Immerhin sieht man hier keine Elendsquartiere und erst recht keine Höhlenwohnungen, die in Süditalien gang und gäbe sind, aber selbst das sonst unvergessene Stadtbild Roms verunglimpfen.

Amerika, England und Frankreich haben mehrfach den Wiederanschluss Triests an Italien empfohlen. Heute ist es jedoch stiller darum geworden. Einmal könnte der Friedensvertrag ohne die unerreichbare Zustimmung der Sowjetunion nicht verändert werden. Zum anderen sind die Beziehungen zu Jugoslawien besser geworden, das niemand mehr vor den Kopf stossen will. So rechnen nur noch Illusionisten mit einem kurzen Interim. Die Militärregierung besteht aber aus Realisten und baut auf. Allen anderen Staaten gegenüber hat sie einen beträchtlichen Vorteil: Defizite im Budget müssen von Italien gedeckt werden.

Welche Vergünstigungen zieht nun Triest neben den hier schon skizzierten aus seiner besonderen Situation? Zeitweise kamen auf den

Kopf der Bevölkerung mehr Marshallgelder als in jedem anderen Lande. Lebensmittel und Rohstoffe wurden reichlich hereingepumpt und verschiedenen Industrien – darunter Ölraffinerien, ein Stahlwerk, Papier-, Bier- und Kognakproduktion – durch Anleihen oder Subventionen Antrieb gegeben.

An erster Stelle aber konzentrierte sich die Amerikahilfe auf Triests Schiffswerften. Vor dem Kriege erbauten sie nicht weniger als 52 Prozent aller italienischen und 95 Prozent der in Italien bestellten ausländischen Schiffe. Man geht von dem Standpunkt aus, dass eine volle Kapazität dieser Industrie auch den Nebenindustrien und verwandten Gewerben einen rentablen Geschäftsgang sichert. Der mir erlaubte Rundgang war eindrucksvoll. Unter den im Bau befindlichen Schiffen bewunderte ich sogar einen Luxusdampfer von 48 000 Tonnen. Gegen 7000 Menschen finden in den Werften lohnende Beschäftigung.

Um aber im Falle von Konjunkturschwankungen ein Ventil zu haben, liess die Militärregierung auf früherem Marschland unweit der Stadt Triest die Anlagen zum Industriezentrum Zaule errichten. Unternehmer aus vielen Ländern sollen durch heute schon fast zauberhafte Vergünstigungen, darunter 10jährige Zoll- und Steuerfreiheit, herbeigelockt werden.

Dem recht erfreulichen wirtschaftlichen Bild steht kein so harmonisches politisches gegenüber. Triest ist immer noch eine Gerüchtefabrik mit allen dazugehörigen Nervenkrisen. Was in Jugoslawien geschieht, will man hier besser wissen als jahrelange Belgrader Beobachter. Angebliche Attentate auf Tito und gerade begonnene Angriffe auf seine Volksrepublik gehören fast zum Tagesgespräch. Dass sich diese Nachrichten immer wieder als falsch herausstellen, macht die Gerüchtefabrikanten nicht mundtot.

63 000 Bewohner der Zone A sind slowenischer Nationalität. Davon leben 60 000 in der Stadt Triest, wo sie bestimmte Berufe, darunter das Bäckergewerbe, monopolisieren. Schon auf den umliegenden Hügeln sind die Dörfer rein slowenisch. Ein generationenlanger Nationalitätenkampf hat sich seit Kriegsende womöglich noch verschärft. Sicherlich ist die Forderung nach sprachlicher Gleichberechtigung im Stadtparlament schon aus praktischen Erwägungen übertrieben.

Selbst in Gemeinden mit slowenischer Majorität gibt es aber, wie ich erstaunt bemerkte, nur italienische Strassenbezeichnungen und amtliche Verlautbarungen. Auch bleibt Italienisch die einzige Amtssprache. Somit haben die Slowenen der Zone A eine unzureichendere sprachliche Autonomie als etwa die Deutschen Südtirols.

Lange unterhielt ich mich mit den Parteichefs der Titokommunisten. Sie berichteten, dass ein grosser Teil der Landbevölkerung ihrer Partei angehöre. Tatsächlich sah ich in den Dörfern sehr viele Titobilder und Plakate, auf die die Kominformkonkurrenz Schmeichelnamen wie

«Verräter des Proletariats» geschmiert hatte. Unter den slowenischen Industriearbeitern blieb die Majorität bisher kommunistisch im stalinistischen Sinn.

Hier wird man das russische Mythos, das man einmal rief, sobald nicht wieder los. Schliesslich gibt es eine anti-titoistische slowenische Gruppe. Hauptsächlich besteht sie aus bürgerlichen Elementen und Flüchtlingen und ist als Zwergpartei nur der Vollständigkeit halber erwähnenswert.

Bei den Kommunalwahlen waren die Kominformkommunisten Triests zweitgrösste Partei. In drei Gemeinden hatten sie sogar die absolute Mehrheit. Sind die Triester Vorzugskinder der Marshallhilfe, so wird ihnen auch vom Kominformbüro beachtenswerte Aufmerksamkeit geschenkt. Propagandagelder für Zone A, von denen man sich sicherlich auch Rückwirkungen auf den jugoslawisch besetzten Teil des Freien Territoriums und darüber hinaus auf Jugoslawien selbst verspricht, fliessen reichlicher als sogar nach grossen Ländern. Auch hat man in Triest die gewandtesten und erprobtesten Männer festgesetzt. Der Parteichef *Vidali* erhält seine Anweisungen nicht mehr aus Rom, sondern direkt aus Moskau. Er ist ein hartgesottener Stalinist, den Gerüchte als Trotzki-Attentäter bezeichnen. Vidali hat seine eigene Taktik. So vermeidet er bei Angriffen auf die Militärregierung persönliche Beschimpfungen und Verleumdungen. Weniger wählerisch sind die Methoden den Titokommunisten gegenüber. Man schreckt nicht einmal vor Überfällen und anderen Terrorakten zurück. Um sowohl Italiener wie Slowenen bei der Stange zu halten, erfand Vidali eine rasch populär gewordene These: Nur nach Ernennung eines Gouverneurs und Herstellung eines wirklich unabhängigen Territoriums könnte Triest beim künftigen Krieg als offene Stadt erklärt und dadurch der sonst sicher zu erwartenden Atombombe entgehen. Die Titokonkurrenz ist etwas vorsichtiger geworden. Auch sie rief einmal gebieterisch nach einem Gouverneur. Da aber seiner Ernennung 90 Tage später die Abberufung aller Besatzungstruppen auf alliierter und jugoslawischer Seite folgen müsste, fühlen sie sich trotz Differenzen mit der angelsächsischen Militärregierung unter ihrem Schutz immerhin sicherer als ohne einen solchen.

Sehr zersplittert ist die Unabhängigkeitsfront, die sich aus vier bis sechs Gruppen zusammensetzt. Es gibt unabhängige Unabhängige und solche, von denen man nicht genau weiss, ob sie Moskau oder Belgrad finanziert. Beide sind ja gegenwärtig an einem status quo interessiert. Den verschiedenen Richtungen steht genau wie den italienischen, titoistischen und kominformistischen ein ganzer Blätterwald zur Verfügung.

Die status-quo-Anhänger erhoffen viel von der Annäherung Jugoslawiens an die Westmächte. Dadurch fällt ihrer Meinung nach eine jugoslawische Invasionsgefahr fort – Angst und Hauptmotiv für viele Italienanhänger. Allerdings ist noch ein anderes Moment bemerkens-

wert. So mancher, der an einer Beibehaltung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse interessiert sein müsste, ist dennoch Mitglied einer der italienischen Parteien, um nach einem etwaigen Wiederanschluss vor Diskriminierung sicher zu sein.

Eine beträchtliche Zahl der italienischen Anschlussgruppen konkurrieren miteinander. Sechs wurden in die Gemeindeparlamente gewählt und vereinigten fast 64 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich. Christliche Demokraten, Liberale, Republikaner und Sozialdemokraten bilden als Koalition Triests Stadtregierung. Im Gegensatz zu Italien verfügt hier die Demo-Christiania trotz gelegentlichen Gastreden des italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi über keine absolute Majorität vielmehr über 25 unter 60 Sitzen.

Dr. *Giovanni Bartoli*, Triests Bürgermeister, ist ein christlicher Demokrat. Mit einigem Missvergnügen sieht er dennoch für dieses Jahr vorgesehenen Kommunalwahlen entgegen. Gleich ihm nehmen viele andere an, dass die Italienische Soziale Bewegung, eine neofaschistische Partei, an Anhängern gewinnen wird. Ihr hemmungslos revisionistisches Programm, dessen Ziel es ist, alle an Jugoslawien abgetretenen Gebiete wieder zurückzugewinnen, übt nicht nur auf junge Menschen Anziehungskraft aus.

Aus den besseren wirtschaftlichen Verhältnissen erklärt sich nicht zuletzt, dass im Gegensatz zu Italien die nichtkommunistischen Gewerkschaften ihre kommunistische Konkurrenz an Mitgliederzahl längst übertreffen – wenn man ihren Versicherungen Glauben schenken darf – bereits um das doppelte.

CCDL (Konföderative Arbeiter-Kammer) heisst die freie – das heisst demokratische – Gewerkschaft, die etwa der CISL Italiens entspricht, der sie sich aber nicht anschloss. Vielmehr ist sie als Landeszentrale direkt dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel angeschlossen. Neben parteilosen Arbeitern bilden christlich-demokratische, republikanische und sozialdemokratische den hauptsächlichen Mitgliederbestand. Letztere stehen an erster Stelle. Dennoch ist der Gewerkschaftsvorsitzende *Elivio Novelli* ein christlicher Demokrat: tüchtig, arbeitsam, aber noch nicht erfahren genug, um einer in allen Wassern gewaschenen kommunistischen Konkurrenz ganz gewachsen zu sein.

Italienische kollektive Vereinbarungen sind auch in Triest gültig, da Italien Hauptmarkt der Zone A bleibt und sonst nicht konkurrenzfähig sein könnte. Soziale Versicherungsbeiträge werden vom Arbeitgeber bezahlt.

20 000 selbständige Handwerker sind ein Bindeglied zwischen Arbeiterschaft und grösseren Unternehmern.

CCDL wirft der Unternehmerschaft an erster Stelle vor, dass sie sich an schlechte italienische Vorbilder halte und viel zu wenig modernisiere. Hingegen erkennt sie die Initiative der Militärregierung an, die ein Zentrum für wirtschaftliche Entwicklung ins Leben rief.

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

Industrielle sollen von den Vorteilen neuzeitlicher Einrichtungen überzeugt werden. Von günstigen Bedingungen der AMGOT-Anleihesektion verspricht man sich einen starken Antrieb (3 bis 4 Prozent auf 20 bis 25 Jahre, während italienische Banken 8 bis 9 Prozent bei maximaler Zehnjahresfrist fordern).

Vom Streikrecht macht CCDL nur Gebrauch, falls alle Verhandlungen scheitern. Ähnlich ist die Einstellung der Gewerkschaft für Hafenarbeit und Seefahrt, die der Londoner Transportarbeiterföderation (ITF) angeschlossen ist. Einer ihrer wichtigsten Streiks hatte höhere Löhne und Pensionen für Seeleute zum Ziel. Er dauerte 23 Tage (nur übertroffen von einem Vierwochenstreik auf den Schiffswerften). Tatsächlich kam es dann zu günstigeren Bedingungen. 16 000 Lire als Alterspension für einen Kapitän, der 23 Jahre Dienst hinter sich hat und 11 000 für einfache Seeleute und Heizer sind aber noch immer viel zu gering. Man kämpft nun um eine Erhöhung der niedrigeren Kategorien auf 20 000 bis 25 000 Lire, was etwa dem notwendigen Existenzminimum entsprechen dürfte.

SU (Einheitsgewerkschaft) ist kommunistisch kontrolliert und der italienischen CGIL angeschlossen. Seit etwa einem Jahr glückt es ihr nicht mehr, rein demagogische Streiks grossen Umfangs zu organisieren. Die Agitation lässt aber nicht nach. Ja, man macht sogar vergebliche Versuche, streikmüde Arbeiter zu Generalstreiks aufzuputschen. Generalsekretär von SU ist *Ernesto Raditsch*, der einstmals wegen eines zu begeisterten Jugoslawienkurses ausgeschlossen wurde und jetzt die genau entgegengesetzte Propagandalinie bejaht. Fachleute der Militärregierung schilderten ihn mir als eine «allzufähige» Persönlichkeit.

Seit kurzer Zeit wirkt auch noch die Einheitliche Klassistische Gewerkschaft, die kommunistisch, aber antikominformistisch ist und sich sowohl an Slowenen wie an Italiener wendet. Ihre Chancen lassen sich noch nicht beurteilen.

Während für Triester ein Personalausweis genügt, um nach der jugoslawisch kontrollierten Zone B oder aus B nach A zu gelangen, erhalten Ausländer nur unter grossen Schwierigkeiten eine Reisegenehmigung. Schliesslich befand ich mich doch auf dem Schiff nach Kopar. Kopar ist die Hauptstadt der Zone B. An Umfang übertrifft diese Zone den angelsächsisch kontrollierten Teil um das etwa Zweieinviertelfache. Hingegen ist die Bevölkerung nur 70 000 Köpfe stark.

Auf dem Schiff wurden alle erdenklichen Waren mitgeführt: von Trockenfisch, Artischoken und Orangen über Seife und Putzmittel bis zu Schuhen und Hemden. In Kopar gab es dann auch eine langwierige Zollkontrolle, bei Frauen zumeist mit Leibesvisitation verbunden. Wie der Präsident dieser Zone mir gegenüber zugab, ist es dennoch schwer, dem Schmuggel beizukommen. Schliesslich ist ja auch auf hoher See ein kleines Privatclearing möglich.

Zone B hat einige Industrien, darunter Salzgewinnung, Likör- und

Weinfabriken und Fischkonserven. Es gibt kollektive und individuelle Bauern. Individuelle bilden, genau wie in Jugoslawien, immer noch die Mehrheit.

Bis auf etwas Handwerk, Kleingewerbe und wenige Büffets ist das gesamte Geschäftsleben sozialisiert. Die Lohnskala liegt etwas günstiger als in Jugoslawien, und es arbeiten hier sogar vereinzelte Beschäftigungslose aus der Zone A. Hingegen notierte ich phantastische Preise. So kostete ein grosser Koffer 540 Dinar, ein Meter Band 16, Schuhe (im Freiverkauf) 1730, eine Aktentasche 1430 bis 2000, ein Meter minderwertigen Stoff 515, Seife 55, 1 Kilo Spinat 20 und eine Büchse Ölsardinen 61. Für mein Mittagessen im Freien Restaurant bezahlte ich 275 Dinar. Das entspricht nach offiziellem Kurs fünfeinhalb Dollars, nach schwarzem einem halben.

Durch ein etwas kompliziertes Punktsystem verringern sich die Preise für Industriearbeiter um 80 Prozent, für Bauern um 65 Prozent. Die Punktzahl kann sich je nach Leistungen erhöhen.

Politisch hat sich Zone B, die zu einem Drittel aus Italienern und aus mehr Slowenen als Kroaten besteht, Jugoslawien völlig gleichgeschaltet. Man sieht überall Titobilder und die gleichen Schlagworte – bei etwas stärkerem Nachdruck auf italienisch-jugoslawische Verbrüderung.

Kulturell geniessen die Italiener mit eigenen Organisationen, Schulen und Amateurbühnen völlige Gleichberechtigung. Sie bilden Kopas Bevölkerungsmehrheit. So sind hier die Strassennamen und amtlichen Verlautbarungen an erster Stelle italienisch, dann erst slowenisch und kroatisch. Auch das Radioprogramm ist dreisprachig. An den Zeitungskiosken sah ich verschiedene italienische Blätter, darunter sogar eine Kinderzeitschrift.

Heute besteht zwischen der alliierten und der jugoslawischen Militärregierung noch kaum Kontakt. Bei steigender Kominformgefahr wird aber auch hier – dessen bin ich sicher – der Wille nach effektiver gemeinsamer Verteidigung stärker sein als bisherige, sehr oft künstlich aufgebauschte Gegensätze.

A. J. Fischer, London

Buchbesprechungen

Upton Sinclair. Schicksal im Osten. Alfred-Scherz-Verlag, Bern. 660 Seiten. Fr. 18.80.

Mit «Schicksal im Osten» setzt Upton Sinclair seinen grossen, bereits vier wenn nicht gar fünf Bände umfassenden Zeitroman fort, der den zweiten Weltkrieg zum finsteren Hintergrund hat, und übertrifft damit noch seine früheren Darstellungen, wiewohl doch diese schon Gipfelleistungen seiner grossen Erzählerkunst sind. Noch immer ist Lanny Budd, der «Agent des Präsidenten», die dominierende Figur, der von einem Abenteuer ins andere stürzt und bald mit dem amerikanischen Pressemagnaten und Antipoden Hearst, bald mit dem ruhmgekrönten Physiker Albert